

Guten Morgen Coburg

Die Weihnachtszeit naht. Dies wird jedes Jahr wieder deutlich, wenn man seine E-Mails checkt. Auf einmal melden sich so viele Leute, dass es gar schön ist. Ama-



Matthias Bäumler

zon, Zalando, Conrad und viele mehr wollen mit Super-Angeboten beglücken. Neulich meldete sich aber ein Zeitgenosse, der uns bisher noch nicht kontaktiert hatte. Die Nachricht hatte es in sich und erfreute uns außerordentlich: „Grüße dich, Mein Name ist Mavis Wanczyk, der Gewinner des Powerball Jackpots von \$ 758.7 Millionen am 24. August 2017, mein Jackpot was für ein Geschenk von Gott an mich. Meine Stiftung spendet 500000 US-Dollar an Sie. Bitte kontaktieren Sie mich für alle Details und akzeptieren Sie bitte dieses Token“, schrieb er und hängte eine Adresse an, die wir anklicken sollten. Klar haben wir das getan, ist doch auch zu nett, mal eben 500000 Dollar zu erhalten. Wir freuen uns auf die Überweisung. Bis dahin müssen wir allerdings den Rechner zur Reparatur bringen. Angeblich hat er sich gefährliche Viren-Programme und Trojaner eingefangen. Wie das nur kam ...

Witz des Tages

Fragt ein junger Mann seine Freundin: „Was würdest du auf eine einsame Insel mitnehmen?“ – „Ein Auto!“ – „Ein Auto? Aber da kannst du doch gar nicht fahren!“ – „Nein, aber da habe ich endlich mal einen Parkplatz!“

Polizeireport

Ungebetener Besucher hinterlässt Spuren

Coburg – Offenbar durch das Auftreten der Wohnungstüre hat sich ein bislang Unbekannter am Mittwoch zwischen 11 und 21 Uhr Zutritt zu einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in der Bahnhofstraße verschafft. Der 20-jährige Mieter der Wohnung ging zu nächst von einem Einbruch aus, wunderte sich jedoch, was er dann in seiner Wohnung so alles zu sehen bekam. Der Unbekannte hatte einen Rahmen mit dem Bild des Lieblingsfußballvereins des Mieters von der Wand gerissen und beschädigt. Offensichtlich überkam dem Täter in der Wohnung auch noch mehr als ein dringendes Bedürfnis. Beim Betreten des Badezimmers musste der Bewohner feststellen, dass der Eindringling die Toilette genutzt und sich außerdem in die Badewanne übergeben hatte. Nachdem in der Wohnung nichts gestohlen oder durchwühlt wurde, gehen die Coburger Ermittler nicht von einem Einbruchdiebstahl aus. Aufgrund der eingetretenen Tür und dem beschädigten Bild ermittelt die Coburger Polizeiinspektion wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Der Sachschaden wird auf 200 Euro geschätzt. Aufgrund der Sachlage ist der Täter wohl weniger im Einbruchermittler als eher im Umfeld des 20-jährigen Wohnungsinhabers zu suchen.

So erreichen Sie uns

Neue Presse
Anschrift Steinweg 51, Postfach 2553,
96414 Coburg

Leserservice
(Abo, Zustellung) 09561/745 99 54

Redaktion 09561/850-120

E-Mail coburg-stadt@np-coburg.de
coburg-land@np-coburg.de

Private Kleinanzeigen 09561/7459955

Geschäftsanzeigen 09561/850-140

Telefax 09561/850-109

Coburger Stadtrat



Brennpunkt Steinweg: Die Polizei führt jetzt öfter Kontrollen durch. Zu einer Verlängerung der Sperrzeit sagte der Stadtrat aber Nein. Archivbild: Wunderatsch

Alles beim Alten im Steinweg

Die Mehrheit des Coburger Stadtrats lehnt Videoüberwachung und Sperrzeitverlängerung ab. Nur die Beleuchtung soll verbessert werden.

Von Norbert Klüglein

Coburg – Im Steinweg bleibt erst einmal alles so, wie es ist. Der Coburger Stadtrat hat am Donnerstag keine Sperrzeit über das Kneipenviertel verhängt. Außerdem wird es keine kommunale Videoüberwachung geben. Einzig die Beleuchtung soll in der Straße im kommenden Jahr verbessert werden. Die Beschlüsse fielen jeweils mit deutlicher Mehrheit.

Während die Verkürzung der Kneipenöffnungszeiten von 28 Stadträten abgelehnt wurde, stimmten 20 gegen eine Videoüberwachung. Einstimmigkeit herrschte nur bei dem Beschluss, die Leuchten in der Straße mit helleren LED-Strahlern auszurüsten.

Die Diskussion um die Coburger Kneipenmeile ging auf zwei Stadtratsanträge zurück. Während die CSU/JC-Stadträte Jürgen Oehm, Kurt Knoch und Maximilian Forkel im März die Verwaltung aufgefordert hatten, Möglichkeiten für die Installation von Videokameras auszutesten, regte Adelheid Frankenberger von der SBC im April an, die Kneipen in Zukunft schon um 2 Uhr morgens und nicht erst um 5 Uhr zu schließen.

Kai Holland, der Leiter des Coburger Ordnungsamts wies in beiden

Fällen darauf hin, dass solche Entscheidungen nicht aus dem subjektiven Gefühl heraus getroffen werden dürften, dass im Steinweg sehr viel passiere. Vielmehr müssten erst eine ganze Reihe von Voraussetzungen geprüft werden. Für eine kommunale Videoüberwachung sah Holland keine ordnungsrechtliche Möglichkeit. Wenn die Bilder dazu dienen sollten, Straftaten aufzuklären, sei das Aufgabe der Polizei, sagte der Ordnungsamtschef. Die Stadt habe für die Installation eigener Kameras kein Mandat. Antragsteller Jürgen

„Zu einer Stadt wie Coburg gehört auch ein ordentliches Kneipenviertel.“

Maximilian Forkel, CSU/Junge Coburger

„Muss denn noch Schlimmeres passieren, bis wir reagieren? Die Polizei spricht sich klar für eine Sperrzeitverlängerung aus.“

Jürgen Oehm, CSU/Junge Coburger

Oehm regte daraufhin an, der Stadtrat möge der Polizei die politische Willenserklärung senden, dass man die Einführung einer polizeilichen Videoüberwachung wünsche. Dafür fand er allerdings keine Mehrheit. „Das halte ich für übertrieben. Wir leben in Coburg und nicht in Frankfurt“, betonte beispielsweise die SPD-Fraktionsvorsitzende Petra Schneider.

Auch in Sachen Sperrzeitverlängerung müssen sich die Ordnungsäm-

ter an Vorschriften halten. Schließlich legt das Landesrecht fest, dass Kneipen nur während der sogenannten Putzstunde von 5 bis 6 Uhr geschlossen werden müssen. „Wir können nur dann Beschränkungen erlassen, wenn es beispielsweise zu außergewöhnlicher Lärmbelästigung, besonderen Verschmutzungen oder häufigen Straftaten kommt“, erklärte Holland. Das ist nach Ansicht des Ordnungsamtschefs im Steinweg nicht der Fall: Dort gäbe es nicht mehr Beschwerden, als in anderen Stadtbezirken, in denen Kneipen an-

sässig sind. Laut Polizeistatistik wurden 2016 im Steinweg 84 Aggressionsdelikte – so nennt die Polizei Schlägereien, Rempelen oder Beleidigungen – gezählt. „Und in diesem Jahr ist die Zahl der Vorfälle in der ganzen Stadt deutlich gesunken“, betonte Holland. Dies führte er auf mehr Polizeipräsenz und der

besseren Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und Polizei zurück. Gleichwohl musste der Ordnungsamtsleiter zugeben, dass sich etwa 95 Prozent der Schlägereien zwischen null und sechs Uhr morgens ereignet hatten. Dennoch lautete sein Fazit: „Eine Sperrzeit ist nicht nötig, weil wir noch viele Einzelmaßnahmen haben.“ Damit meinte Holland beispielsweise die Verbesserung der Beleuchtung im Steinweg, eine bessere Zusammenarbeit mit den Wirten

oder im Zuge der Stadtsanierung eine „bauliche Ausdünnung der Kneipenszene“.

Maximilian Forkel (CSU/JC) unterstützte die Ansicht des Ordnungsamtsleiters: „Zu einer Stadt wie Coburg gehört auch ein ordentliches Kneipenviertel. Mit einer krassen 2-Uhr-Regelung zerstören wir die Szene.“ Ganz anders sah das Forkels Fraktionskollege Jürgen Oehm (CSU/JC): „Muss denn noch Schlimmeres passieren, bis wir endlich reagieren? Die Polizei spricht sich klar für eine Sperrzeitverlängerung aus.“ Unterstützung bekam Oehm von Hans-Herbert Hartan (CSU/JC): „Das ist nicht normal, was im Steinweg abläuft. Und das ist auch nicht attraktivitätssteigernd für unsere Stadt.“ Das sahen auch Adelheid Frankenberger und René Hähnlein (beide SBC) so. Für die Beibehaltung der gegenwärtigen Linie plädierte beispielsweise Gerhard Amend (CSB): „Wir wollen doch eine Studentenstadt sein.“ Jürgen Heeb (PC): „Wir können nicht allen die Luft aus den Reifen lassen, nur weil ein paar Leute zu schnell gefahren sind.“ Franziska Bartel (SPD): „Eine Sperrzeitverlängerung ist die allerletzte Maßnahme!“

Der Kompromissvorschlag von Dr. Birgit Weber (CSU/JC), die Sperrzeit nicht auf 2 Uhr, sondern auf 4 Uhr festzusetzen, fand keine Mehrheit. Hubertus Prinz von Sachsen-Coburg und Gotha (CSU/JC) gab zu bedenken, dass es für den Stadtrat immer noch die Möglichkeit gebe, die Öffnungszeiten der Kneipen zu verkürzen, sollten andere Maßnahmen nicht greifen.

Vorerst keine „Strabs“ in Coburg

OB lädt Referenten aus und unterbindet damit eine Debatte. Ohnehin sei das Thema derzeit nicht auf dem Tisch.

Von Wolfgang Braunschmidt

Coburg – Markus Seemüller, Referent für Kommunalabgaben beim Bayerischen Städtetag, sollte den Coburger Stadtrat in dessen Sitzung am Donnerstag über die Grundlagen einer Straßenausbaubeitragsatzung („Strabs“) informieren. Doch Oberbürgermeister Norbert Tessmer (SPD) hatte Seemüller am Vorabend ausgeladen.

Der OB begründete dies damit, ihm sei am Mittwoch signalisiert worden, es werde im Stadtrat den Antrag geben, die Information über die „Strabs“ von der Tagesordnung zu nehmen. Da mache die Anfahrt des Experten aus München keinen Sinn, „also durfte Markus Seemüller zu Hause bleiben“, meinte Tessmer. Zudem war aus Fraktionen durchgesickert, dass es in der Stadtratssitzung am Donnerstag eine heftige Auseinandersetzung um die Einführung einer „Strabs“ in Coburg geben würde.

Mehrere Fraktionen sowie Parteien und Gruppierungen hatten eine solche Satzung im Vorfeld der Stadtratssitzung bereits abgelehnt. Sie sei, so lauteten Begründungen, unsozial, eine nicht vertretbare Belastung von Immobilieneigentümern, ungerecht und widerspreche der Aufgabe der Daseinsvorsorge, zu der eine Stadt gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sei. Tessmer betonte im Stadtrat, dass in der Verwaltung derzeit nicht an einer Straßenausbaubeitragsatzung gearbeitet werde. Diese verpflichtet Haus- und Grundstückseigentümer zu Zahlungen, wenn Wohnstraßen vor ihrer Haustür instandgesetzt werden.

Norbert Tessmer verwies zudem auf einen Brief, den er im Oktober an Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) geschrieben hatte. Darin zeigt Tessmer die kontroverse Diskussion um die „Strabs“ auf, die derzeit „einer von mehreren Aufregern“ in der Coburger Kommunalpolitik sei. In seinem Schreiben bittet der OB den Minister, ihm seine Rechtsauffassung zur Notwendigkeit einer Straßenausbaubeitragsatzung zu übermitteln. Von dieser Einschätzung erhoffte sich der Oberbürgermeister, für den Coburger Stadtrat eine Grundlage für eine Entscheidung zur „Strabs“ schaffen zu können. Bis heute, so Norbert Tessmer, habe Minister Herrmann allerdings nicht auf diesen Brief geantwortet.

Oberbürgermeister kritisiert Bahn AG

Coburg – Es bleibt weiter unklar, wie es mit dem Ausbau des Bahnübergangs in Creidlitzer weitergeht. Auf Anfrage von ÖDP-Stadtrat Klaus Klumpers teilte Oberbürgermeister Norbert Tessmer mit, der Coburger Stadtverwaltung sei nicht bekannt, ob die Bahn AG beim Eisenbahnbundesamt ein Planfeststellungsverfahren für die Untertunnelung der Schienenstrecke beantragt hat. Die letzten Gespräche mit der Stadt dazu seien im Jahr 2016 geführt worden. Zudem wies der OB darauf hin, dass die derzeitigen Arbeiten an den Übergängen Creidlitzer Straße und Fabrikweg nicht mit der Stadt abgestimmt worden seien – und das, obwohl die DB Netz AG mit ihrer Maßnahme direkt in den öffentlichen Verkehrsraum eingreift. Tessmer kritisierte: „Eine Abstimmung mit der Verkehrsbehörde der Stadt Coburg hat hierzu nicht stattgefunden, und eine Genehmigung wurde nicht erteilt.“ Der Anteil der Stadt Coburg am neuen Bahnübergang ist mit rund 8,5 Millionen Euro eingeplant – allerdings erst ab den Jahren ab 2022, weil überhaupt nicht klar ist, wann mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. **wb**

Ausbau der Brandensteinsebene kommt

Stadt will dauerhaft Instrumentenflug auf dem Verkehrslandeplatz sichern. Der Stadtrat entscheidet im Dezember.

Von Wolfgang Braunschmidt

Coburg – Die Stadt Coburg bereitet den Ausbau des Flugplatzes Brandensteinsebene vor, um den Instrumentenflugbetrieb (IFR) dort dauerhaft zu sichern. Das berichtete Oberbürgermeister Norbert Tessmer (SPD) bei der Behandlung eines Antrags der Grünen-Fraktion im Stadtrat. Derzeit gilt für das IFR-Verfahren an der Brandensteinsebene lediglich eine Ausnahme-genehmigung. Diese ist bis zum 31. Dezember 2019 befristet.

Tessmer verwies auf Gespräche von Vertretern der Stadt und des Aeroclubs, der den Flugplatz betreibt, sowie des Luftamts Nordbayern. Zudem habe es erste Abstimmungen mit der Stadt Bamberg für die Installation eines Instrumentenflugbetriebs am Flugplatz Breitenau gegeben.

Hintergrund ist der Vorschlag der bayerischen Staatsregierung, auf den Neubau eines Verkehrslandeplatzes im Landkreis Coburg bei Neida zu verzichten. Er sei aufgrund natur-schutzfachlicher Vorbehalte wahrscheinlich nicht genehmigungsfähig. Stattdessen sollten die Brandensteinsebene in Coburg und der Flugplatz Breitenau in Bamberg aufgerüstet werden. Damit könnte an beiden Verkehrslandeplätzen dauerhaft Instrumentenflug mit Geschäftsflugzeugen erfolgen. Das halten Unternehmen in der Region für unabdingbar, um in ihren nationalen und internationalen Märkten wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Oberbürgermeister Norbert Tessmer kündigte an, er werde dem Stadtrat in der Dezember-Sitzung vorschlagen, über den Ausbau der Brandensteinsebene zu entscheiden. Dabei geht es im Wesentlichen um die Verlängerung der Anflugbefeuerung. Die Kosten dafür sollen nach Information der *Neuen Presse* in einem mittleren sechsstelligen Bereich liegen. Befürworter der Stadtrat das Projekt, werde der Aeroclub Coburg als Platzhalter

den Ausbau und die unbefristete Genehmigung für den IFR-Flug beim Luftamt Nordbayern beantragen. Das derzeit noch laufende Planfeststellungsverfahren für den Flugplatz Neida wäre dann hinfällig.

Martina Benzel-Weyh, Fraktionsvorsitzende der Grünen, freute sich, „dass das so läuft“. Deshalb wollte sie den Antrag zurückziehen, den Ober-



Auf der Brandensteinsebene soll Instrumentenflug dauerhaft gesichert werden.